

StZ 9.11.05

Land gibt Privatschulen positives Signal

Neue Berechnungsgrundlage für Zuschüsse pro Schüler wird im Gesetz verankert

STUTTGART (lsw/ral). Nach jahrelanger Diskussion wird für Privatschulen das so genannte Bruttokostenmodell gesetzlich eingeführt, das auch die Schulen selbst immer wieder gefordert haben. Mehr Geld gibt das Land für die Privatschulen nicht aus.

Die Zuschüsse für Schulen in kirchlicher und freier Trägerschaft sollen stufenweise auf 80 Prozent der tatsächlichen Kosten eines Schülers an öffentlichen Schulen steigen. Das hat gestern das CDU-FDP-Kabinett in Stuttgart beschlossen. Das Schulgesetz wird entsprechend geändert. Auf einen Zeitplan wollte sich Kultusminister Helmut Rau (CDU) nicht festlegen. Es soll auch nicht mehr Geld fließen, der Zuschuss pro Schüler werde sich in dem Maß erhöhen, wie die Schülerzahlen zurückgehen, erklärte Rau. Das werde von 2008 an der Fall sein. Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) versprach, der Gesamtbetrag für die Privatschulen bleibe gleich.

Nach jahrelanger Diskussion wird damit das auch vom Landesverband der deutschen Privatschulen geforderte so genannte Bruttokostenmodell eingeführt. Im Schuljahr 2004/05 wurden rund 114 000 Schüler an 512 Privatschulen unterrichtet.

Das Bruttokostenmodell orientiert sich an den Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule. Sie betragen für einen Gymnasialen derzeit 5197 Euro jährlich. Davon werden 20 Prozent für ein sozialverträgliches Schulgeld abgezogen. Bei den Gymnasien liegt der Zuschuss zur Zeit bei 78,5 Prozent, bei den Hauptschulen bei 60 und bei den Realschulen bei etwa 75 Prozent. Würden alle Schulen jetzt auf 80 Prozent angehoben würde das laut Kultusminister Rau 40 Millionen Euro im Jahr zusätzlich kosten.

Die Kosten werden im kommenden Jahr neu berechnet und danach im dreijährigen Rhythmus. Den jeweiligen Erhöhungen der Zuschüsse muss der Landtag zustimmen. Das neue Gesetz soll 2006 in Kraft treten.

Der Fraktionschef der FDP im Landtag, Ulrich Noll, zeigte sich erfreut über das neue Finanzierungsmodell. Der jahrelange Einsatz der Liberalen dafür habe sich gelohnt. „Es ist ermutigend, dass sich das Bohren dicker Bretter auch in der Politik lohnen kann“, so die FDP-Fraktionsvize Heiderose Bertho.

Die schulpolitische Sprecherin der oppositionellen Grünen, Renate Rastätter, begrüßte die Einführung des Bruttokostenmodells. Damit erhielten die Schulen in freier Trägerschaft eine „stete und berechenbare Förderung“. Doch sei der Gesetzentwurf nur ein Schritt in die richtige Richtung, bemängelte Rastätter. Ohne einen klaren Finanzplan bleibe der Entwurf „ein Tiger ohne Zähne“.

Als „völlig unglaubwürdig“, kritisierte Wolfgang Drexler, der Fraktionschef der SPD, die Privatschulfinanzierung. „Die Landesregierung kündigt großspurig die Einführung des Bruttokostenmodells an. Gleichzeitig reduziert sie im Nachtragshaushalt Mittel für Privatschulen“, sagte Drexler.